



Foto: fotolia/andreanita



Grafik: fotolia/markus_marb

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 22. Dezember 2016

71. Jahrgang/Nr. 299 Berlinausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Syrien-Troika nimmt Fahrt auf

Roland Etsel zum Dreiergipfel in Moskau

Russland gibt in der Lösung der Syrien-Frage ein immer höheres Tempo vor. Die Notwendigkeit dessen wird niemand ernsthaft bezweifeln wollen, dauert der Konflikt doch jetzt schon etwa so lange wie der Zweite Weltkrieg. Gewiss ist nach schon so vielen gescheiterten Anläufen Skepsis angebracht, aber die russisch geführte Troika mit Iran und der Türkei an der Seite hat mehr Erfolgsaussichten als vergangene Befriedungsversuche.

Dafür sprechen drei Dinge. Erstens hat der Fall von Aleppo die militärische Ausgangslage deutlich zugunsten der russisch-syrischen Position verändert. Wer sich immer noch einem Arrangement mit Assad verweigert, läuft jetzt Gefahr, alles zu verlieren. Zweitens ist der antisyrischen Front in der Region mit der Türkei ihr bis dato wichtigster Faktor verloren gegangen. Drittens wollen alle drei Mächte die verkündete Initiative für eine landesweite Waffenruhe in Syrien – sollte sie denn zustande kommen – gemeinsam garantieren. Eine Feuerpause hätte dann deutlich mächtigere Garanten als die überforderte UNO-Truppe von einst, was dieser nicht anzulasten ist. Aber es muss sich trotzdem erst zeigen, ob das gemeinsam Verkündete tatsächlich die Partikularinteressen überwiegt.

Westeuropa sieht dem sichtbar missvergnügt aus der Schmoll-ecke zu. Man möchte etwas dagegen setzen, traut sich aber wohl nicht recht, da niemand einzuschätzen weiß, welche Syrien-Strategie die neue US-Regierung haben wird. Also wartet man.

UNTEN LINKS

Nach einem Terrorakt Tränen zu vergießen, fällt nicht jedem leicht. Wer es doch kann und dies öffentlich demonstriert, gerät schnell in den Verdacht, es seien Krokodilstränen, die da kullern. Gänzlich verpönt ist es aber, nach einem tödlichen Anschlag Tränen – zu lachen. Darf man denn Witze machen nach dem Weihnachtsmarktmasaker? Nein. Es sei denn, man pflegt ein Image als emotionaler Krüppel. Schon Freud wusste schließlich, dass »der humoristische Lustgewinn aus erspartem Gefühlsaufwand hervorgeht«. Er behauptete allerdings auch, dass diese Art der »Abwehr« die reife sei. Schnell hat sich die Online-Kondolenzgemeinde, die vor kurzem noch Charlie war, darauf geeinigt, unter dem Hashtag »Ich bin ein Berliner« um die Opfer vom Breitscheidplatz zu weinen. Und fast ebenso schnell war der alte Kennedy-Satz mal wieder mit einem »Berliner« Pfannkuchen illustriert. Geschmacklos? Im Gegenteil. Lachsalven sind heilsam, Gewehrsalven nicht. mha

Fragen nach dem Terror

Öffentliche Fahndung nach Verdächtigem / Union will Asylrecht verschärfen



Am Berliner Breitscheidplatz

Foto: dpa/Britta Pedersen

Berlin. Das Attentat auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz hinterlässt Trauer – und Ratlosigkeit. Zu der Lkw-Amokfahrt hat sich zwar mittlerweile die Terrormiliz IS bekannt. Doch Zweifel an der Echtheit des Bekenntnisses scheinen angebracht. Bislang ist nicht einmal ein Täter identifiziert worden, geschweige denn sind Hintergründe oder Auftraggeber der Tat bekannt.

Nachdem ein festgenommener Asylbewerber am Dienstag wieder freigelassen wurde, weil sich ein Tatverdacht gegen ihn nicht bewahrheitete, verfolgen die Ermittler nun eine neue Spur: Im Fußraum des Lastwagens wur-

den Ausweispapiere des Tunesiers Anis A. gefunden. Nach ihm wird öffentlich gefahndet.

Den Ermittlern ist Anis A., der sich ein Dutzend Alibi-Identitäten zugelegt haben soll, kein Unbekannter. Die Polizei führte ihn als Gefährder, der bestens vernetzt ist in der deutschen Islamistszene. Ihm wurde durchaus ein Anschlag zugetraut. Sein Asylbegehren war längst abgelehnt. Während die Behörden seine Abschiebung vorbereiteten, wurde er noch geduldet. Anis A. nutzte die Zeit und tauchte unter. Ermittlern zufolge soll er sich in Nordrhein-Westfalen und Berlin aufgehalten haben.

In einer ersten Reaktion auf den Anschlag hatte CSU-Chef Horst Seehofer gefordert, die Zuwanderungs- und Sicherheitspolitik neu zu justieren. Beistand erhielt er nun von dem CDU-Innenpolitiker Armin Schuster, der ebenfalls einen schärferen Kurs seiner Partei in der Asylpolitik ankündigte. Mit Blick auf den neuen Tatverdächtigen Anis A. sagte er, selbst wenn der Gesuchte sich doch nicht als Täter herausstellen sollte, blieben viele Fragen offen, etwa hinsichtlich seiner nicht durchgesetzten Ausreisepflicht. Schuster pochte auf eine deutlichere Abgrenzung zur Opposition und zum Koalitionspartner. sot

Seiten 2 bis 4

Bundesregierung: Kein Frieden mit Assad

Erste Rebellengruppen zu Gesprächen bereit / Schneefall verzögert Evakuierung in Aleppo

Es hat geschneit in Aleppo. Und die Menschen, die aus den Rebellengebieten in Sicherheit gebracht werden sollen, frieren in unbeheizten Bussen, die nicht fahren. Doch es gibt Hoffnung.

Von Roland Etsel

Hoffnung und Enttäuschung lagen in Syrien auch am Mittwoch wieder nah beieinander. Auf der Konferenz Russlands mit Vertretern Irans und der Türkei am Vortag in Moskau hatten sich die Außenminister der drei Staaten auf eine Initiative für eine landesweite Waffenruhe in Syrien ausgesprochen. Sie selbst boten sie als Garanten für eine Friedenslösung an. Außerdem will die neue Syrien-Troika zwischen der syrischen Führung und der Opposition vermitteln.

An welche Gruppen dabei gedacht ist, wurde nicht mitgeteilt. Allerdings hatte Russlands Außenminister Sergej Lawrow – spi-

ritus rector der Zusammenkunft – bereits durchblicken lassen, dass man dschihadistische Milizen wie die Nusra-Front und andere Banden, aus denen sich der Islamische Staat rekrutiert, auch weiterhin als nicht dialogwürdig betrachtet.

Kandidaten für den Dialog werden vermutlich die Führer jener Gruppen sein, mit denen praktikable Vereinbarungen bei den bisherigen Evakuierungsaktionen für Aleppo abgeschlossen werden konnten. Einige regierungsfeindliche militante Gruppen hatten vorige Woche offenbar die Sinnlosigkeit weiteren militärischen Widerstandes eingesehen und aufgegeben. Wenn sie ihre Waffen abgaben und sich von den syrischen Behörden registrieren ließen, konnten sie den noch von Rebellen gehaltenen Teil der Millionenstadt verlassen. Vor allem aber konnten Tausende Zivilisten heraus aus den kriegszerstörten Vierteln, um mit von der

Regierung gestellten Bussen in sichere Regionen im Umkreis Aleppo gebracht zu werden.

Dieser Prozess ist noch immer nicht abgeschlossen und geriet auch am Mittwoch wieder ins Stocken. Über Aleppo ist der Winter

»Die Bundesregierung kann sich eine Friedenslösung mit Assad nicht vorstellen.«

Martin Schäfer, Sprecher des Auswärtigen Amtes

hereingebrochen. Gab es bisher schon Temperaturen um den Gefrierpunkt, so jetzt auch noch Schnee – so viel, dass der Busverkehr eingestellt werden musste. Augenzeugen berichteten laut dpa, dass zahlreiche Menschen seit Dienstag in etwa 20 Bussen festsaßen. Noch beim Treffen in

Moskau hatte Außenminister Lawrow optimistisch verkündet, dass die Evakuierung von Aleppo vermutlich in ein oder zwei Tagen abgeschlossen sein werde. Vielleicht ist es dennoch ein gutes Zeichen, dass dieses Mal nicht Terrorgruppen, sondern »nur« das Wetter schuld an der Verzögerung ist.

Keine Frage des Wetters, wohl aber des Klimas, scheint es zu sein, dass die westlichen Staaten der Moskauer Vereinbarung mit Misstrauen begegnen, erfolgte sie doch ohne ihr Zutun und hat folglich wohl auch nicht ihren Segen. Auch die Bundesregierung weigert sich weiterhin, den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad als Partner eines Friedensdialogs zu akzeptieren. Es sei nicht recht vorstellbar, »heute noch weniger als vor dem Fall von Aleppo«, »auf Dauer mit Assad für Syrien Frieden zu finden«, sagte der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Martin Schäfer, am Mittwoch in Berlin. Seite 5

Datenspeichern ohne Anlass illegal

Europäischer Gerichtshof: Bezug zu Straftaten muss vorhanden sein

Luxemburg. Eine weitreichende Vorratsdatenspeicherung ist nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs rechtswidrig. Eine allgemeine und unterschiedslose Speicherung von Telefon- und Internetverbindungsdaten sei mit EU-Recht nicht vereinbar, urteilten die Luxemburger Richter am Mittwoch. Eine gezielte Aufbewahrung von Daten könne hingegen zur Bekämpfung schwerer Straftaten gerechtfertigt sein.

Datenschützer sehen nun Änderungsbedarf auch in der Bundesrepublik. »Nun muss auch Deutschland reagieren und die erst im vergangenen Jahr verabschiedete Neuaufgabe der Vorratsdatenspeicherung ein für allemal auf den Müllhaufen der Geschichte verbannen«, erklärte Volker Tripp, politischer Geschäftsführer des Vereins Digitale Gesellschaft. In Deutschland verpflichtet ein Gesetz Telekommunikationsanbieter, Telefon- und Internetdaten bis zu zehn Wochen aufzubewahren. dpa/nd

Seite 8

UNO kämpft gegen Schlepper

Erste Resolution des Sicherheitsrates zu Menschenhandel

New York. Fast drei Viertel aller Opfer von Menschenhandel weltweit sind Mädchen und Frauen. 51 Prozent aller Betroffenen seien erwachsene Frauen und 20 Prozent minderjährige Mädchen. Das geht aus einem Report des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) hervor, der Mittwoch in Wien und New York vorgestellt wurde.

Zuvor wurde erstmals eine Resolution des UN-Sicherheitsrates zu Menschenhandel und Schleppern verabschiedet. In dem am Dienstag in New York beschlossenen Abkommen wird Staaten nahegelegt, Menschenhandel in Konfliktgebieten als Straftat zu definieren und so Opfer zu schützen und Schleuser zu verfolgen. Aus dem ursprünglichen Entwurf wurden aber Passagen gestrichen, nach denen Opfer von Menschenhändlern leichter Asyl bekommen sollten. »Menschenhandel ist ein weltweites Problem«, sagte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon. »IS, Boko Haram, Al Shabab und andere nutzen Menschenhandel und sexuelle Gewalt für ihren Terror – und als wichtige Einnahmequelle«, erklärte Ban. dpa/nd

Koalition einig bei Rentenangleichung

Nahles legt Streit mit Schäuble über Bundeszuschüsse bei

Berlin. Die Große Koalition hat ihren Streit über die Finanzierung der Rentenangleichung zwischen Ost und West beigelegt. Ab dem Jahr 2022 wird der Bundeshaushalt dazu einen Zuschuss leisten, wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) am Mittwoch mitteilte. Dieser werde schrittweise von zunächst 200 Millionen Euro auf zwei Milliarden Euro ab dem Jahr 2025 erhöht. Der Zuschuss werde dann bei rund der Hälfte der jährlichen Mehrausgaben liegen.

Schäuble hatte bislang eine Finanzierung der Maßnahmen durch Geld aus dem Bundeshaushalt abgelehnt, Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hatte hingegen genau dies gefordert.

Beginnend mit dem 1. Juli 2018 sollen die Ostrenten in sieben Schritten bis zum Jahr 2025 an den Rentenwert im Westen angeglichen werden. Dies gilt auch für die jeweilige Bewertung der Arbeitsentgelte, bei denen bislang die ostdeutschen Arbeitnehmer gegenüber denen im Westen besser gestellt sind. AFP/nd

